

Protokoll

über die **Sitzung des Sozialausschusses des Kreistages**
vom 21. Mai 2012
im Kreishaus in Wittmund, Am Markt 9, Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

Vorsitzender:

Herr Enno Ihnen

Mitglieder:

Herr Peter Assing

Frau Birgit Becker

Frau Edeltraut Coordes

Herr Hans-Hermann Lohfeld

Herr Martin Mammen

Herr Wilhelm Niemand

Herr Harm Poppen

Vertretung für Frau Irmgard Willms

Herr Hermann Rahmann

Frau Traute Reuber

Vertretung für Herrn Erwin Freimuth

Herr Johannes Schild

Vertretung für Frau Inge Meyer

Gäste:

Frau Bettina Fejes

Herr Hans-Jürgen Weigelt

von der Verwaltung:

Herr Matthias Köring

Herr Hans Hinrichs

Herr Uwe Cassens

Herr Hermann Garlichs

Protokollführung:

Frau Thea Janssen

Entschuldigt:

Mitglieder:

Herr Erwin Freimuth

Frau Inge Meyer

Frau Irmgard Willms

TAGESORDNUNG:**Öffentlicher Teil****TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des Sozialausschusses um 14.30 Uhr und begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Kreisverwaltung sowie den Vertreter der Presse.

**TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und
Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Ladung ordnungsgemäß ergangen und Beschlussfähigkeit gegeben ist.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben. Der Vorsitzende stellt die Tagesordnung fest.

TOP 4 Einwohnerfragestunde

./.

**TOP 5 Alleinige Durchführung der Aufgaben nach dem 2.
Sozialgesetzbuch (SGB II) durch den Landkreis Wittmund ab
01.01.12; Bericht des Jobcenters
Vorlage: 0061/2012**

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Herr Garlichs berichtet ausführlich über die erfolgte Umorganisation des Jobcenters zum 01.01.2012.

Die Umstellungsarbeiten laufen bereits seit Mitte letzten Jahres. Alle Daten mussten händisch in das neue EDV-Programm eingegeben werden. Auch derzeit sind noch Datennacherfassungen zur Erreichung einer hohen Datenqualität erforderlich. Diese ist für die ordnungsgemäße Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben und der damit einhergehenden Statistik zwingend notwendig. Herr Garlichs geht davon aus, dass die Umstellungsarbeiten erst im Laufe diesen Jahres vollständig abgeschlossen werden können. Die große Herausforderung ist immer gewesen, dass neben den Umstellungsarbeiten das normale Tagesgeschäft weiter laufen muss, zum Umstellungszeitpunkt wurden etwa 2.200 Bedarfsgemeinschaften vom Jobcenter betreut.

Der zusätzliche Arbeitsanfall im Rahmen der gesamten Umstellungsphase war/ist erheblich. Nur mit einer großen Kraftanstrengung aller Beteiligten war die Umstellung möglich. Viele MitarbeiterInnen haben die Grenzen ihrer Belastbarkeit überschritten; vermehrte Krankheitsfälle waren die Folge.

Um die zusätzlichen Aufgaben erledigen zu können, wurden zwei Halbtagsstellen für die EDV-Systemadministration sowie eine Halbtagsstelle für das Controlling im Jobcenter geschaffen.

Kreistagsabgeordnete Becker, Kreistagsabgeordnete Coordes und Herr Weigelt loben den im wesentlichen reibungslosen Übergang zum 01.01.2012. Sie zeigen sich jedoch besorgt über die starke Personalbelastung.

Landrat Köring weist darauf hin, dass die personelle Situation bekannt ist. Durch Mitarbeitergespräche und die rasche Neubesetzung freiwerdender Stelle ist man bemüht den Druck von den Mitarbeitern zu nehmen. Erst Anfang nächsten Jahres, wenn die Arbeit normal erledigt werden kann, wird es möglich sein den tatsächlichen Personalbedarf des Jobcenters abschließend zu ermitteln und langfristig entsprechend zu reagieren.

Kreistagsabgeordneter Schild bittet darum, die „tatsächlichen“ Arbeitslosenzahlen zu ermitteln und differenziert darzustellen (Arbeitslose, Personen in Maßnahmen, Aufstocker etc.) und diese Zahlen den Mitgliedern bei Gelegenheit zur Verfügung zu stellen.

Herr Weigelt bittet darum, den neuen ALG II – Bescheid auf Bürgerfreundlichkeit zu überprüfen. Die seitenlangen Bescheide überfordern nicht nur die meisten Bürger, sondern auch andere Institutionen.

Der Vorsitzende dankt Herrn Garlichs für seinen umfassenden Vortrag.

TOP 6 Tätigkeitsbericht der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen im Landkreis Wittmund Vorlage: 0062/2012

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Frau Fejes stellt in einem anschaulichen Bericht ihre vielfältigen Tätigkeiten seit ihrer letzten Berichterstattung dar.

Die Ausschussmitglieder würdigen übereinstimmend das große ehrenamtliche Engagement von Frau Fejes und geben zu bedenken, dass es sich „nur“ um ein Ehrenamt handelt.

Landrat Köring dankt Frau Fejes für den Bericht und hebt ihre fachliche Kompetenz nochmals hervor.

Der Sozialausschuss nimmt den Tätigkeitsbericht zur Kenntnis.

TOP 7 Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen auf Verabschiedung einer Resolution zum Bleiberecht Vorlage: 0059/2012

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Kreistagsabgeordneter Mammen erläutert den vorliegenden Resolutionsentwurf.

Kreistagsabgeordnete Becker stimmt für die Gruppe der CDU/FDP dem Resolutionsentwurf zu, wenn folgende Ergänzung zwischen dem 1. und 2. Absatz aufgenommen wird:

„Von der Resolution sollen langjährig geduldete Ausländer und Ausländer im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis nach der Bleiberechtsregelung profitieren. Der betroffene Personenkreis soll während seines bisherigen Aufenthalts im Bundesgebiet bereits gezeigt haben, dass er sich sprachlich und sozial integriert hat und die Rechts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik anerkennt.“

Kreistagsabgeordnete Coordes stimmt für die SPD-Fraktion ebenfalls dem Resolutionsentwurf zu, soweit die Ergänzung der CDU/FDP-Gruppe aufgenommen wird.

Kreistagsabgeordneter Assing appelliert an die übrigen Kreistagsmitglieder entsprechende Anträge auch an deren politische Vertreter in Bundestag und Landtag zu richten.

Landrat Köring weist auf den in der Anlage beigefügten Auszug aus dem Ergebnisprotokoll über die Dienstbesprechung des MI mit den niedersächsischen Ausländerbehörden zu Fragen des Ausländer- und Asylrechts hin.

Nach kurzer Beratung wird dem Kreisausschuss und Kreistag einstimmig empfohlen zu beschließen:

Beschluss:

Der Kreistag erlässt folgende Resolution zum Bleiberecht für langjährig hier lebende geduldete Menschen und Menschen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach der Bleiberechtsregelung:

Der Kreistag des Landkreises Wittmund spricht sich wie auch beide großen Kirchen und deren Wohlfahrtsverbände Diakonie und Caritas sowie viele andere Organisationen und Initiativen für ein fortlaufendes Bleiberecht der Begünstigten der Altfallregelung von 2007 (verlängert 2009) aus.

Von der Resolution sollen langjährig geduldete Ausländer und Ausländer im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis nach der Bleiberechtsregelung profitieren. Der betroffene Personenkreis soll während seines bisherigen Aufenthalts im Bundesgebiet bereits gezeigt haben, dass er sich sprachlich und sozial integriert hat und die Rechts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik anerkennt.

Die Anforderungen an die Lebensunterhaltssicherung müssen so korrigiert werden, dass sie der wirtschaftlichen Gesamtsituation Rechnung tragen. Bei älteren, kranken bzw. erwerbsunfähigen Personen müssen darüber hinaus humanitäre Aspekte ausschlaggebend sein.

Angesichts der Tatsache, dass trotz Bleiberechtsregelung erneut ca. 53.000 Menschen bereits seit mehr als sechs Jahren lediglich geduldet unter uns leben, appelliert der Kreistag des Landkreises Wittmund an die Landes- und Bundesregierung sowie an alle politischen Verantwortlichen im Bundestag und im niedersächsischen Landtag, sich für eine qualifizierte und vor allem stichtagsfreie gesetzliche Altfallregelung einzusetzen.

**TOP 8 Rettungsdienst; hier: Änderung der Anlage zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Rettungsdienstes im Landkreis Wittmund vom 09. Dezember 2004
Vorlage: 0058/2012**

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Dem Kreisausschuss und Kreistag wird einstimmig empfohlen zu beschließen:

Beschluss:

Die anliegende Satzung zur 7. Änderung der Satzung (Stand: 01. Mai 2012) über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Rettungsdienstes im Landkreis Wittmund vom 09.12.2004 wird beschlossen.

**TOP 9 Übertragung der Aufgaben nach dem Strafrechtlichen
Rehabilitierungsgesetz an die gemeinsame Fürsorgestelle beim
Landkreis Leer
Vorlage: 0063/2012**

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Herr Cassens erläutert kurz den Sachverhalt.

Dem Kreisausschuss und Kreistag wird einstimmig empfohlen zu beschließen:

Beschluss:

Der Übertragung der Aufgaben nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz auf die gemeinsame Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene beim Landkreis Leer wird auf der Grundlage einer Erweiterung des bestehenden öffentlich-rechtlicher Vertrages zugestimmt.

**TOP 10 Bericht über das Bildungs- und Teilhabepaket
Vorlage: 0065/2012**

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Herr Cassens erläutert die Entwicklung im Bereich BuT. Der Landkreis stellt den Berechtigten die Leistung so unbürokratisch wie möglich zur Verfügung. Inzwischen ist die Inanspruchnahme gut. Er bittet die Ausschussmitglieder auch weiterhin für die Inanspruchnahme dieser Leistung zu werben.

Der Sozialausschuss nimmt von den Ausführungen Kenntnis.

TOP 11 Verschiedenes

./.

TOP 12 Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 16.29 Uhr.

Enno Ihnen
Vorsitzender

Matthias Köring
Landrat

Thea Janssen
Protokollführer/in